

Herr Dr. Schleicher schildert kurz den aktuellen Sachstand und insbesondere die Schritte im Zuge des Insolvenzverfahrens. Am 4. September sei der Insolvenzantrag gestellt worden. Somit befinde man sich in der „Insolvenzantragsphase“. Ursprünglich sei die Insolvenzeröffnung für den 1.11. vorgesehen gewesen. Da man mit den Krankenkassen hinsichtlich des Sicherstellungszuschlags noch nicht so weit sei wie gewünscht, habe man sich entschieden, die Insolvenzeröffnung zu verschieben. Sie erfolge aller Wahrscheinlichkeit nach Anfang bis Mitte kommender Woche. Ab da sei man auch in der Lage, die vorbereiteten Sanierungsmaßnahmen umzusetzen. Einige arbeitsrechtliche Dinge befänden sich noch in der Klärungsphase. So müsse auch eine sog. Massenentlassungsanzeige gestellt werden. Dies sei aber an gewisse Fristen gebunden und erst nach der offiziellen Insolvenzeröffnung möglich. An dieser Stelle könne er naturgemäß über Personalmaßnahmen nicht detailliert Auskunft geben. Das Haus sei zurzeit in einer durchaus soliden Verfassung, was sich auch in steigenden Belegungszahlen zeige. Zurzeit seien im Schnitt etwa 50 bis 70 Betten belegt. Bei der Bevölkerung zeige sich eine verbesserte Akzeptanz des Hauses. Besonders hebt er in diesem Zusammenhang den Einsatz der Belegschaft hervor. Die Entwicklung habe dazu geführt, dass genügend Mittel vorhanden seien, um ggf. auch mit den Krankenkassen hinsichtlich des Sicherstellungszuschlages den Rechtsstreit zu suchen. Parallel zu allen anderen Maßnahmen liefen momentan die Vorbereitungen für die Schiedsstelle in Bezug auf den Sicherstellungszuschlag. Die Krankenkassen hätten sich seit dem letzten Treffen nicht mehr gemeldet. Man habe ein vernünftiges und nachvollziehbares Konzept vorgelegt. Herr Dr. Schleicher stellt klar, dass man gegen die Entscheidung der Schiedsstelle Klage möglich ist. Nach alledem sei die „Kriegskasse“ so gefüllt, dass man auch noch 12-14 Monate (auch unter Berücksichtigung eines evtl. Klageverfahrens der Krankenkassen) durchstehen könne, sofern die Gläubigerversammlung dem zustimmte. Nach Insolvenzeröffnung könne man die notwendigen Maßnahmen zügig umsetzen und man wisse wo man stehe. Das Ziel, über drei Monate eine schwarze Null zu haben, könne man gut erreichen. Dann folge die Erstellung des Insolvenzplanes, der wahrscheinlich Ende Januar/Anfang Februar vorgestellt werde. Innerhalb der folgenden drei bis dreieinhalb Monate werde das Gericht die Gläubigerversammlung einberufen. Alles in allem gehe man davon aus, dass man Ende April/Anfang Mai alles unter Dach und Fach habe. Unter Hinweis auf weitere Einzelheiten nennt Dr. Schleicher einige Unwägbarkeiten, gleichwohl sei Optimismus nicht unbegründet. Ganz wesentlich sei, dass die Belegung gut bleibe und es kein Einbruch bei der Belegschaft gebe, vor allem im Bereich der Schlüsselpositionen.

Auf Frage von Herrn Müller erklärt Dr. Schleicher, dass von einer Massenentlassung die Rede sei bei mehr als 10 Prozent der „Kopfzahl“. Auf weitere Frage von Herrn Thienel erklärt Herr Dr. Schleicher, dass zurzeit von einer Beschäftigtenzahl von 180 (Kopfzahl) auszugehen sei.

Es ergeben sich weitere Verständnisfragen, die von Herr Dr. Schleicher beantwortet werden. U.a. schildert er die Systematik des Insolvenzgeldes, und geht auf die unterschiedlichen Voraussetzungen in den Abteilungen Innere und Chirurgie ein. Vor allem macht er deutlich, dass das Krankenhaus nach Vorlage aller Voraussetzungen und Zustimmung der Gläubiger in naher Zukunft aus der Insolvenz entlassen werden kann. Dann, so erklärt Dr. Schleicher auf Frage von Herrn Liene, stelle sich auch die Frage der Trägerschaft wieder. Als Eigenverwalter in einem Insolvenzverfahren sei man auch verpflichtet, diesbezüglich auch andere Optionen als die bestehenden zu prüfen. Dies sei auch offen kommuniziert worden.

Nachdem sich keine weiteren Fragen mehr ergeben, bedankt sich der Bürgermeister bei Herrn Dr. Schleicher und verabschiedet ihn.